

Gemeindeverschuldung und Mietzinssteuer.

Der kommissarische preussische Finanzminister Goppert hat vor einigen Tagen der Reichsregierung zur Umschuldung der Gemeinden zur Konsolidierung der Gemeindefschulden auf mehr als 11 Jahre herangezogen werden soll. Dabei soll die Mietzinssteuer durch eine Abschlagszahlung abgelöst werden, die das 4/5fache des Sollbetrages der Mietzinssteuer 1932 ausmacht. Die Abschlagszahlung soll an erster Stelle im Grundbuch eingetragen, mit 4% Prozent verzinst und mit 6% Prozent getilgt werden.

Dieser Plan ist geradezu ungeschwehlich. Selbst das Berliner Tageblatt lehnt ihn ab. Der Verband der sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine, e. V., Dresden, hat gegen die geplante Maßnahme mit folgendem Telegramm an die Reichsregierung sofort scharfsten Protest eingeleitet:

Dresden, den 17. Januar 1933.

An die Reichsregierung, Berlin.

Nach Pressemeldungen soll zur Umschuldung der Gemeinden die Miet (Haus-)zinssteuer herangezogen werden. Da eine derartige Regelung die umgehende rechtliche Befreiung der Mietzinssteuer unmöglich macht, erheben wir gegen die geplante Maßnahme scharfsten Protest.

Der eine nachhaltige Belebung der deutschen Wirtschaft und damit gleichzeitig eine Entlastung der Gemeinden von ihren Wohlstandsverpflichtungen erwünscht ist, muß sich für umgehende rechtliche Befreiung der Mietzinssteuer, nicht aber für deren Beibehaltung oder Erhöhung ihrer Höhe einsetzen. Zehntausende von Hausbesitzern sind durch Einführung und Beibehaltung der Mietzinssteuer argwunden gerückt und Hunderttausende und mehr deutscher Arbeiter und Angestellter brotlos geworden. Die Mietzinssteuer von dem Hausbesitz die Rentabilität genommen und ihn damit als einen der größten Arbeitgeber der deutschen Wirtschaft ausgeschaltet. Im Hinblick auf die sich mehrenden Mietaufschläge würde die Beibehaltung der Mietzinssteuer weitere, vielleicht Hunderttausende von Hausbesitzern ruinieren. Wer dies verhindern und gleichzeitig Hunderttausende und mehr deutscher erwerbsloser Arbeiter und Angestellter wieder dem Produktionsprozess zuführen und damit die Gemeinden von ihren Wohlstandsverpflichtungen entlasten will, der muß die Mietzinssteuer als ungeschwehliche aller wirtschaftshemmenden Steuern schlechthin rechtlos befriegen.

Verband der sächs. Grund- und Hausbesitzervereine e. V., Rechtsanwältin Rohlfmann, 1. Vorsitzender.

Politische Tagesübersicht.

Reichstag. Am Montag Schwarz-Rot-Gold, Göring Schwarz-Weiß-Rot. Im Gegensatz zum Vorschlag, den das Dörsen einer Schwarz-Weiß-Roten Platte auf dem Landtagsgebäude in einem Zwischenfall im Plenum führte, hatte das Reichstagsgebäude am Reichstagsgebäude auf sämtlichen vier Ecktürmen Schwarz-Rot-Gold geflaggt. Auch auf dem, dem Reichstagsgebäude gegenüberliegenden Wohnhaus des Reichstagspräsidenten Göring wehte vormittags zunächst eine Schwarz-Rot-Goldene Platte, die aber dann in den Mittagsstunden, offenbar auf Anweisung des Reichstagspräsidenten, durch eine Schwarz-Weiß-Rote ersetzt wurde.

Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages erst am Montag. Die Einberufung der Zentrumsfraktion des Reichstages ist für Montag nächster Woche in Aussicht genommen. Vor der Sitzung des Reichstages wird eine Protokollsitzung des Zentrums feierlich stattfinden.

Neues Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Anstelle des Oberpräsidenten Dr. Antscher ist Graf Theodor v. Baudissin, Geschäftsführender Vorstandsmitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, als Mitglied des vorl. Reichswirtschaftsrates einberufen worden.

Neue deutsche Mitglieder der Abrüstungskonferenz. Ein Berliner Abendblatt berichtet, daß Reichsminister Dr. Brüning Mitglied der Abrüstungskommission ernannt worden sei. Diese Mitteilung dürfte zutreffen. — Wie wir außerdem erfahren, sind auch zwei weitere neue Mitglieder in die Abrüstungskommission berufen worden, u. zw. Reichsminister a. D. Professor Dr. Rosenbauer für die mit der Abrüstung zusammenhängenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und der frühere Staatssekretär Fischer. Prof. Rosenbauer hat bekanntlich auch der deutschen Delegation bei den schwierigen Reparationsverhandlungen im Haag angehört.

Ein Schritt französischer Kriegsteilnehmer in der Fahneneuorganisation. Der Duai-Dorf veröffentlicht eine kurze Verlautbarung, in der es heißt, daß der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Geil, am Mittwoch mittags eine Abordnung der Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und der Vereinigung der Kriegsteilnehmer empfangen hat, um sich mit ihm in der Fahneneuorganisation zu unterhalten. Obgleich der Ministerpräsident noch keinen Beschluß gefaßt habe, habe die Abordnung darum gebeten, daß man ihr die deutsche Fahne des 2. Bataillons des 2. preussischen Garderegiments anvertraue, damit sie von einer Abordnung französischer Kriegsteilnehmer nach Berlin gebracht werde, um dort den ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmern übergeben zu werden.

Starke Opposition gegen den französischen Finanzierungsplan. Der Finanzausschuß der Kammer hat sich seit gestern vorm. mit dem französischen Finanzierungsplan beschäftigt. Die Opposition gegen die Regierungsvorlage innerhalb des Finanzausschusses kam wiederholt unverhohlen zum Ausdruck. Der Pensionsausschuß der Kammer hat sich einstimmig gegen den Plan ausgesprochen.

Thronerbschaft der Erbprinzessin von Monaco. Die Erbprinzessin von Monaco, Charlotte, hat in einem an ihren Vater, den regierenden Fürsten gerichteten Schreiben auf ihre Thronfolgerschaft Ansprüche zu Gunsten ihres Sohnes, des Prinzen Rainier, verzichtet und darum gebeten, daß ihre Ehe mit dem Prinzen Pierre de Polignac endgültig gelöst werde. Der regierende Fürst hat den Wünschen seiner Tochter stattgegeben.

Ablehnung eines nationalsozialistischen Mißtrauensantrages gegen den Völkerverein. In der gestrigen Sitzung der Völkervereinigung wurde der Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten gegen den Senat mit 90 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen, der Haus- und Grundbesitzer und des deutschen Volkstums abgelehnt, da zur Annahme eines Mißtrauensvotums mindestens 41 Stimmen erforderlich sind. Die Sozialdemokraten, je ein Vertreter des Zentrums und der Demokraten stimmten mit 90 Stimmen gegen den Antrag. Die 9 Kommunisten enthielten sich der Abstimmung, während der Antrag in der 1. Lesung mit den Stimmen der Kommunisten Annahme gefunden hätte.

Graf Kaldreuth über den Kampf der Landwirtschaft.

Abg. Kaldreuth. Auf einer Landtagsversammlung sprach am Reichstagsgebäude vor etwa 2500 Landwirten der Präsident des Reichslandbundes Graf Kaldreuth über den Kampf der Landwirtschaft. Der Redner schilderte, wie es zu der Differenz mit der Reichsregierung gekommen

Der Haushaltsauschuß zum Dörsilf-Verfahren.

Berlin. (Funkpruch.) Im Haushaltsauschuß des Reichstages begann heute am Donnerstag in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun die Aussprache über die Durchführung der Dörsilf.

Abg. Erling (Zentr.) erklärt, daß der Anlaß zu dem Vorstoß des Zentrums die scharfe Kampfstellung des Reichslandbundes gegen die Regierung gewesen sei, obwohl die Großgrundbesitzer im Osten gewaltige Unterzugschulden erhalten hätten. Die angeforderte scharfe Antwort des Herrn von Oldenburg-Januschew sei bisher ausgeblieben. Inzwischen habe er festgestellt können, daß Herr von Oldenburg nicht drei Güter saniert worden seien, sondern sogar vier; wobei man Summen nenne, die zwischen einer halben und dreiviertel Million liegen. Und zwar handele es sich um Güter, die erst in den letzten Jahren aufgekauft seien. Der Redner erludt die Regierung dringend um Auskunft über diese Dinge. Wir wollen dem Klein- und Mittelbauern im Osten helfen, wir wollen auch dem strebsamen Großbauern helfen. Wenn aber die vom Reich gegebenen Gelder verwendet werden, um Luxusautos und Rennpferde zu kaufen, dann sollte das Reich die Rückzahlung der Gelder verlangen.

Der Redner erklärte dann: Die parlamentarische Behandlung der Dörsilf im Haushaltsauschuß hat in den Großgrundbesitzkreisen, die die Dörsilf in unangenehmer Weise in Anspruch genommen haben, größte Beunruhigung ausgelöst, von einer weiteren parlamentarischen Behandlung dieser Mißstände fürchten sie Gefahren, und darum suchen sie nach Wegen, um eine weitere parlamentarische Verhandlung unmöglich zu machen. Sie entsandten hinter den Kulissen stärkste Aktivitäten für sofortige Reichstagsauflösung.

Die Regierung kann nicht wünschen, daß eine weitere parlamentarische Auffassung über die Vorkommnisse in der Dörsilf verhindert wird. Wir hoffen bestimmt, daß die Reichsregierung in dieser Frage in derselben Offenheit mit der politischen Vertretung des Volkes verhandelt, wie dies in den letzten Tagen über die Lage der öffentlichen Finanzen und über deutsche Wirtschaftspragen geschehen ist. Sollte entgegen dieser unserer Auffassung aber das Drängen der Reichstagsopposition stärker sein und der Reichstag durch Auflösung an der weiteren Behandlung dieser Fragen verhindert werden, so würde dies nach unserer Auffassung zu einer schweren Vertrauenserschütterung führen und in den weitesten Schichten des deutschen Volkes das Empfinden auslösen, daß die ostelblichen Großgrundbesitzer zwar die Großen des Feuerabblenden deutschen Volkes gern in Anspruch nehmen, daß sie aber gleichzeitig dieses zahlende deutsche Volk politisch beherrschen wollen.

Inzwischen ist bereits eine große Zahl von Anträgen zur Dörsilfdebatte eingegangen. Die Sozialdemokraten erliegen die Reichsregierung, daß die rückständigen Lohnansprüche der Arbeitnehmer das Vorrrecht im Konkursfall erhalten.

In den parlamentarischen Anträgen wird die Reichsregierung erludt, die Forderungen der Handwerker, des Handels und Gewerbes aus den in Umschuldung befindlichen Grundbesitzern bereits während des Sicherungsverfahrens zu bevorzugen.

Weiter wird die Reichsregierung erludt, den landwirtschaftlichen Betrieben, die in Disprehen ohne die Unweiserlichkeiten des Jahres 1932 umschuldungsfähig gewesen wären, den entfallenden Ausfall durch Sonderzuwendungen aus dem Vertriebsversicherungsfonds der Oststellen zu ersetzen. Ferner soll allen Betrieben, die bisher aus eigener Kraft ohne Dörsilf gewirtschaftet haben, bis 1. März 1933 ein Umschuldungsantrag nachträglich gestattet werden. Endlich wird

die Reichsregierung erludt, neue für 1933 zu gebende Ernteaufbaurechte für gefährdete Betriebe zu einem den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz um 1% Prozent nicht übersteigenden, Zinssatz und mit einer Laufzeit bis zum 31. März 1934 zu gewähren.

Herr Heine (SPD) erklärt, es sei notwendig, in das Panama der Dörsilf einmal hineinzuweisen. Es werden die Besitzer sanziert und nicht die Landwirtschaft in Ordnung gebracht. Mehrere Minister sind dabei bereits gefaßt. Stellung muß hier gegen die Korruption besonders genommen werden, die in der Dörsilf eingeriffen ist. Ist es richtig, daß in den Tagen, da Herr von Knobel-Dörberg wieder mal als Kandidat für das Ernährungsministerium genannt worden ist, ein direkter Antrag an die Landstelle Berlin erfolgte, ihn bevorzugen und beauftragt zu sanieren? Aus dem Sicherungsverfahrens des Reichstages der parlamentarischen Landwirtschaftskammer von Memming haben die Mitglieder keinen Pfennig erhalten, aber er hat die Möglichkeit gehabt, von dritter Stelle dennoch einen Kredit von 100.000 Mark zu erhalten. Memming ist selbstbetreibender Vorsitzender des Ausschusses der Bank für Industrieobligationen und hat von dieser Bank den Kredit bekommen, die an dem Verfahren selbst beteiligt ist. Herr von Oldenburg-Januschew hat meines Wissens ein Darlehen von 21.000 Mark angefaßt erhalten, von denen bisher 454.000 Mark ausbezahlt sind. Schließlich haben wir gehört, daß auch Frau Hermine von Hohenzollern mit ihrem Besitz in den Tätigkeitsbereich der Dörsilf geraten ist. Die allgemeine Praxis sei im Osten geworden, daß die Landwirtschaft in den Einvernehmen mit den Familienangehörigen die Güter zum Preise der ersten Hypothek ersteigere, wobei die Umschuldungspotential ganz ausfalle. Das nenne man Abschreibung auf Kosten des Reichs.

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun betonte, daß auch nach seiner Meinung das Verfahren aus der Dörsilf befristet werden müsse. Im übrigen könne er durchaus zu, wenn Angriffe gegen seine Erhebung worden sind, die die Dörsilf in Anspruch nehmen und dann im Mercedes nach der Riviera fahren. Wer den Ernst der heutigen Lage nicht begriffen hat, gehört nicht auf die Scholle. Bei der großen Zahl von Menschen, die im Osten wohnen, sind diese Fälle aber ungenau selten. Er könne aber unmöglich über alle Einzelheiten eines jeden Ausfalls geben. Ein genauer Zeitpunkt für den Abschluß des Dörsilfverfahrens läßt sich noch nicht angeben. Die große Zahl der kleineren Anträge wird aber hoffentlich im Laufe des Jahres erledigt werden können. Er glaube jedoch nicht, daß wir 1933 schon vollkommen damit fertig werden. Der Sinn des ganzen Sicherungsverfahrens und auch des Vollstreckungsschweres sei schließlich, eine Vermischung der Güter zu verhindern.

Der Minister erklärte weiter, daß alle für die Dörsilf und die Dörsilf aufgewendeten Mittel fortgeworfenes Geld seien, wenn nicht ein Gleichgewicht zwischen den landwirtschaftlichen Preisen und den Produktionskosten erreicht werden. Auch in der Dörsilf seien große Fehler gemacht worden. Man habe aber jetzt den Stieblern bedeutende Nachlässe ihrer Renten gegeben, weil sie völlig außerstande seien, die bisherigen Renten noch herauszukriechen.

Der Minister gab dann einen Überblick über die einzelnen Erntemengen und den Viehbestand und erklärte abschließend, daß wir zum erheblichen Teil bereits eine 100prozentige Bedarfsdeckung aus eigenen deutschen Erzeugnissen hätten, was ein gewisser Lichtblick in der landwirtschaftlichen Not unserer Zeit sei.

Sür Beibehaltung der Arbeitslosenversicherung.

Abg. Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages fand am Mittwoch eine Aussprache über das Schicksal der Arbeitslosenversicherung statt, die mit der Annahme eines gemeinsamen Antrages des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes und der Nationalsozialisten endete. Dieser Antrag lautet: Bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenversicherung ist unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbstständigen Arbeitslosen-Versicherung, sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenversicherung mit der Arbeitsvermittlung anzuführen. Ein weitergehender Antrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme, weil sie vor ihrer Entscheidung genauere Auskunft über die Absichten der Regierung gewünscht hätten.

Der Beschluß des Ausschusses richtet sich in seinem ersten Teil gegen die zu Beginn der Sitzung erfolgte Ankündigung des Reichsarbeitsministers Dr. Spruy, alles dränge nach einer Vereinheitlichung der Arbeitslosenversicherung; die Reichsregierung werde in den nächsten Tagen ihre Entscheidung darüber treffen. Der zweite Teil des Ausschusseschlusses entsprach jedoch den Ausführungen des Ministers, der seiner Überzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß man die Arbeitsvermittlung nicht von der Arbeitslosenversicherung trennen könne.

Minister Dr. Spruy hatte im übrigen dem Sozialpolitischen Ausschuss einleitend noch einmal, wie schon kürzlich dem Haushalts-Ausschuß, einen Überblick über den Stand der Arbeitslosenversicherung gegeben, der durch Darlegungen der zuständigen Referenten über die einzelnen Zweige der Versicherung ergänzt wurde. Den Ausfall an Beiträgen in der Gesamtversicherung errechnete der Minister für 1932 auf 164 Millionen Mark gegenüber 1930, während die Ausgaben gleichzeitig nur um 27 Millionen gestiegen seien. Immerhin sei es gelungen, wenigstens den Kern aller Verschwe-

rungszweige zu erhalten. Große Sorgen bereite die Invalidenversicherung, die ihr Vermögen habe anstreifen müssen. Einen Festbetrag weise auch die Knappschaftsversicherung auf. Ausführlicher beschäftigte sich Minister Dr. Spruy mit der Arbeitslosenversicherung. Im Durchschnitt 1932 schätzte er die Zahl der Arbeitslosen überhaupt auf etwa 5,8 Millionen, die der Unterstützten auf 4,54 Millionen. Die Zahl der Arbeitsmarkt weiter entwickeln werde, sei noch nicht zu übersehen. Die letzten Zahlen seien jedoch nicht ungenügend gewesen. Den Höchststand der Arbeitslosigkeit erwartete der Minister für Ende Februar.

Ministerialdirektor Dr. Weigert sprach noch ausführlicher über die Arbeitslosen-Versicherung. 1931 sei die Beschäftigung des Reiches an Zuschüssen erreicht worden. 1932 sei der Umschwung eingetreten. Es sei tatsächlich gelungen, die Arbeitslosenversicherung vom Reichsstaat abzugeben, ja sogar Überschüsse zu erzielen, die anderen Zweigen der Arbeitslosenversicherung zugute gekommen seien. Die Leistungen des Reiches, die früher in die Arbeitslosen-Versicherung geflossen seien, kämen jetzt allerdings der Arbeitslosenversicherung und den Gemeinden für die Wohlfahrtsunterstützung zugute, so daß die Abhängung der Arbeitslosenversicherung nicht eine wirkliche Entlastung des Reichs gebracht habe. Im Juni hätten für die Arbeitslosenversicherung 94 Millionen gefehlt. Diese sollten zur Hälfte durch Einparungen, zur anderen Hälfte durch die neu eingeführte Abgabe zur Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Die neue Abgabe habe allerdings nicht ganz den Erwartungen entsprochen, sie habe nur 303 statt 400 Millionen eingebracht. Trotzdem habe sich im großen und ganzen die Rechnung bestätigt, es sei gelungen, die ganze Arbeitslosenversicherung zu finanzieren. Prognosen für 1933 seien außerordentlich schwierig, besonders jetzt im Anfang des Jahres.

Wehrsport und Arbeitsdienst im Reichsbanner.

Berlin. (Funkpruch.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat in seiner Sitzung vom 18. Januar, die mit einer Beschäftigung des Wehrsportlagers in Magdeburg verbunden war, die vom Bundesführer Hiltmann getroffenen einleitenden Maßnahmen zur Durchführung des Wehrsports und des allgemeinen Arbeitsdienstes gebilligt. Wie die Bundespressestelle erklärt, wurde als einmütige Meinung festgestellt, daß alle verfügbaren Kräfte des Bundes zur Weiterentwicklung und Steigerung der Wehrsportarbeit zu aktivieren sind. Eine Beteiligung am Reichsministerium für Jugendberufshilfe wird unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht für unbedenklich erachtet.

Großfeuer in Rotterdam.

Rotterdam. (Funkpruch.) Ein Großfeuer, das in der Nacht zum Donnerstag in der Altstadt von Rotterdam wütete, hatte dort mehrere Warenhäuser zerstört und großen Materialschaden angerichtet. Der Brand entstand kurz nach Mitternacht in dem Lagerkuppen einer Warenwarenkammer und breitete sich schnell auf die umliegenden Gebäude aus. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte die brennende Front eine Ausdehnung von etwa 150 Meter erreicht. Erst in den heutigen Vormittagsstunden wurde dann das Feuer gänzlich beseitigt.

„Blutendes Deutschland“ verboten.

Berlin. Der erste nationalsozialistische Großfilm „Blutendes Deutschland“, in dem Adolf Hitler und Dr. Josef Goebbels sprechen, ist von der Filmprüfstelle Berlin für die Öffentlichkeit verboten worden.